

Bewerbung als Mitglied im Bundesvorstand und als Frauenpolitische Sprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Astrid Rothe-Beinlich

www.rothe-beinlich.de

astrid.rothe-beinlich@gruene.de

Erfurt, am 17. Oktober 2010

Liebe Freundinnen und Freunde,

im heißen Herbst 2010 bewerbe ich mich erneut als Mitglied unseres Bundesvorstandes und als Frauenpolitische Sprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Wir befinden uns derzeit in einer extrem spannenden Situation. Lange gab es nicht so viel Bewegung wie heute. Und (leider) war es auch nicht immer selbstverständlich, dass GRÜN sich als treibende Kraft für Bewegung verstanden und selbst bewegt hat. In diesem Sinne freue ich mich jeden Tag über die Meldungen aus Stuttgart – oben bleiben – und der ganzen Republik, bin froh über die vielen Selbstverpflichtungen, sich auch und gerade in diesem Jahr dem Castor in den Weg zu setzen, zu legen oder zu stellen und bin ich stolz auf jede und jeden, die oder der immer wieder Gesicht zeigt gegen Nazis und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Und ich bin selbst auch gerne immer wieder Teil dieser Bewegung. Unsere Umfragewerte lassen manche/n taumeln (insbesondere in den anderen und selbsternannten Volksparteien), obgleich wir alle wissen, wie schwer es ist, diese auch in Stimmen für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und eine gerechte, soziale, ökologische und emanzipatorische Politik umzuwandeln. Für diese Politik stehe ich und für diese Politik möchte ich mich in den nächsten zwei Jahren im Bundesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch weiterhin einsetzen und für Bewegung sorgen.

Eines meiner zentralen Anliegen ist die Geschlechtergerechtigkeit – ein Thema, das auch heute „brandaktuell“ ist und auf allen Ebenen doch zu wenig vorkommt. Vielerorts wird über Familie und Vereinbarkeit gesprochen, die eigenständige Frauenpolitik und der Selbstvertretungsanspruch von Frauen bleiben jedoch auf der Strecke. Dass Frauenpolitik immer auch Machtfragen im Blick haben muss, wird zu oft ausgeblendet. Dabei liegen die Fragestellungen auf der Hand: Warum bekommen Frauen nach wie vor so viel weniger Lohn für gleichwertige Arbeit? Wieso gibt es nach wie vor kaum Frauen in Führungspositionen – im Übrigen auch bei uns selbst – nur 4 Fraktionsvorsitzende in unseren Landtagsfraktionen sind Frauen? Wie kommt es, dass überwiegend von Frauen geleistete Arbeit so wenig Anerkennung findet? Wie kann Eigenständige Existenzsicherung konsequent durchdekliniert werden, um Frauen endlich als Individuen – unabhängig von ihrem Familienstand – wahr und ernst zu nehmen? Wie gelingt es uns mit

aufgeklärten Frauen und Männern Rollenklischees aufzubrechen und echte Gleichberechtigung zu leben?

Als Frauenpolitische Sprecherin will ich weiterhin aktiv meinen Teil beitragen, um dahin zu gelangen, immer wieder nachzuhaken und „Die Hälfte der Macht“ einzufordern – gern auch im Dialog mit den Feministen in unserer Partei, um für eine geschlechtergerechte Zukunft Mehrheiten zu gewinnen. Mit unserer zweijährlich stattfindenden Bundesfrauenkonferenz haben wir uns im April diesen Jahres in Bonn unter der Überschrift: „Der Green New Deal – ein guter Deal für Frauen“ auseinandergesetzt und viele grüne Antworten ausformuliert. Diese reichen vom Progressivmodell über die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn, guter und verlässlicher Infrastruktur für Bildung und Pflege, einem Beitragssplitting auch in der grünen Bürgerversicherung bis hin zu einem Steuermodell, das jede und jeden individuell betrachtet.

„Ein gerechtes Ziel lässt sich nicht mit ungerechten Mitteln erreichen“, sagte Petra Kelly 1988 bei einem Vortrag vor der Gandhi Foundation in London. Dies gilt m. E. auch heute noch - sowohl national als auch international. Die Gerechtigkeitsfrage ist eine Frage, der wir Bündnisgrüne uns im umfassenden Sinne noch viel intensiver widmen müssen – auch und gerade angesichts von weltweiten Krisen, Globalisierung und der immer weiter auseinandergehenden Schere zwischen arm und reich sowie fehlender Teilhabe- und Zugangsgerechtigkeit. Wir Bündnisgrüne als progressive politische Kraft müssen den Sozialstaat neu denken. Es braucht uns als vernehmbare Stimme und als verlässliche Partnerin, wenn es beispielsweise darum geht, die Hartz-IV-Regelsätze endlich auf ein menschenwürdiges Maß anzuheben. Die von Ministerin von der Leyen propagierte Regelsatzerhöhung um gerade mal fünf Euro für Erwachsene ist jedenfalls weit davon entfernt, ein würdevolles Auskommen und soziokulturelle Teilhabe zu sichern. Die damit einhergehende stigmatisierende Debatte war und ist ein Beleg dafür, dass es dringend einer anderen Politik bedarf. Einer Politik, die mit Respekt einhergeht und Augenhöhe im Umgang mit den Betroffenen zum Maßstab macht. Wir haben die Kindergrundsicherung gemeinsam beschlossen – nun ist es an uns, für diese auch zu kämpfen!

Und: Wir müssen hohe Einkommen und Erbschaften stärker besteuern, wenn es uns ernst damit ist, dass stärkere Schultern auch mehr tragen sollen. Die Debatte, die wir derzeit rund um Hartz IV erleben, ist eine, die den konservativen Wohlfahrtsstaat nach außen und nach unten verteidigt und die sich gegen die Ärmsten aber exemplarisch auch gegen diejenigen richtet, die von „Außen“ zu uns kommen. Sarrazin, Seehofer – inzwischen auch unterstützt durch Bundeskanzlerin Merkel – fischen am rechten Rand während sie gleichzeitig Stammtischressentiments bedienen. Dabei wissen wir – nicht nur in den Ost-Ländern – dass wir auf Zuwanderung angewiesen sind und trotzdem niemals eine „Nützlichkeitsdebatte“ führen dürfen, wenn es um Menschen geht! GRÜN kann und muss sich hier meines Erachtens noch viel stärker emanzipieren. Wir stehen für das Gegenmodell. Wir setzen auf das Prinzip der BürgerInnenrechte, die für alle gelten müssen, auf Demokratie und gleichberechtigte Teilhabe. Wir stehen für Inklusion und das Miteinander aller Menschen – egal woher sie kommen, woran sie glauben und wen sie lieben. Ich möchte gern die Debatte rund um gesellschaftliche Teilhabe als BürgerInnenrecht führen und meine: Genau jetzt ist die Zeit dafür, um hier noch mehr zu bewegen.

Gerade angesichts beflügelnder Umfragewerte brauchen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mut zur Debatte und zur Auseinandersetzung. Wir dürfen jetzt nicht ängstlich werden - im Gegenteil. Die Menschen wollen wissen, wer wir sind und was wir wollen. Nur wenn wir nachvollziehbar, transparent und offen über unser Modell von Zukunftsfähigkeit des Sozialstaates diskutieren, können und werden wir authentisch sein können. Und da meine auch ich: ein Politikwechsel von GRÜN ist weder nötig noch sinnvoll.



Astrid Rothe-Beinlich

www.rothe-beinlich.de

astrid.rothe-beinlich@gruene.de

Uns geht's ums Ganze und ich bin wirklich froh, dass unsere NRWlerInnen den Mut hatten, erste Schritte auf neuen Wegen zu gehen.

Im nächsten Jahr stehen 6 Landtagswahlen an, darunter auch in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz, wo wir derzeit nicht im Landtag vertreten sind. Nach 15 Jahren außerparlamentarischer Opposition in Thüringen, wo ich fast 10 Jahre Landessprecherin und mehrfach die Spitzenkandidatin war, ist uns im letzten Jahr endlich der Sprung ins Parlament gelungen und seither hat sich in Thüringen viel getan. Ich möchte gerade vor diesem Hintergrund da mein Mittun anbieten, wo wir im nächsten Jahr endlich auch (wieder) in den Landtag einziehen wollen und werden. Unsere Partei ist nach wie vor sehr unterschiedlich aufgestellt und mein Anliegen ist es, die strukturschwächeren Länder derart zu unterstützen, dass uns im nächsten Jahr endlich die flächendeckende BeGRÜNung gelingt. 21 Jahre nach der friedlichen Revolution wäre das ein wunderbares Signal.

Ihr seht: ich habe noch viel vor und mir brennen noch sehr viel mehr Themen auf dem Herzen!

Hierzu gehört der Einsatz für Flüchtlinge und AsylbewerberInnen und das Streiten für gleiche Rechte für alle Menschen genauso wie das Eintreten für den gerechten Zugang zu Bildung. Im Bereich der Friedenspolitik möchte ich mich weiter einbringen, als eine aus der Umwelt- und Friedensbewegung der DDR, der es ernst ist mit dem Primat des Zivilen und die immer und immer wieder auch und ganz besonders nach der Rolle von Frauen in Kriegen und kriegerischen Konflikten fragt. Und: Ich will im Bundesvorstand dafür sorgen, dass GRÜN in Bewegung und Teil von Bewegung bleibt, auch und ganz besonders jetzt, wo ich glaube, dass es eine starke Partei als Pendant und mitunter auch Korrektiv zu einer starken Fraktion im Bund braucht.

Für meine erneute Kandidatur hat mir die BAG Frauen bei einer Enthaltung einstimmig und der Bundesfrauenrat bei zwei Enthaltungen einstimmig das Votum ausgesprochen. So auch Ihr wollt, dass ich weiter für und mit Euch im Bundesvorstand streite, selbst wenn ich sicher mitunter unbequem bin und mich auf der Straße beim Wahlkampf oder rund um den 6. November im Wendland wohler fühle als bei manchem Empfang, freue ich mich über Eure Unterstützung.

Wenn Ihr Fragen habt oder mehr von mir wissen wollt, erreicht Ihr mich am besten per Mail oder aber auch bei Facebook☺

Herzlichst



Eure Astrid Rothe-Beinlich

Biographisches

- 1973 in Leipzig geboren
- 1984 Umzug nach Erfurt
- 1992 Abitur
- 1994 Geburt meiner Tochter
- 1995 Studium der Germanistik und Philosophie (Lehramt) an der Friedrich-Schiller-Universität Jena bis 2002

verheiratet, lebe mit meiner Familie in Erfurt

Politisches

- 1987 Beginn meines politischen Engagements in der kirchlichen Umweltgruppe der Oase in Erfurt
- 1988/89 Politische Arbeit zur letzten „DDR-Kommunalwahl“ am 7. Mai 1989, Nachweis Wahlfälschung in Erfurt
- 1989 Oktober/November: Gründung einer eigenständigen Jugendorganisation als Alternative zur FDJ
Dezember: Mitbesetzung der Stasi-Zentrale in Erfurt, Bürgerwache
- 1990-92 „EYFA“ (European Youth Forest Action) Koordinatorin für die „DDR“
- 1991 Sprecherin des Anti-Golfkriegskomitees
- 1992-94 Mitarbeit in verschiedenen Initiativen und Projekten: Jugendwohnprojekt Johannesstraße, Kulturprojekt Mainzerhof, Radio F.R.E.I.
- 1995-99 berufene Bürgerin für die grüne Erfurter Stadtratsfraktion, seit Gründung Mitglied im Kriminalpräventiven Rat
- 1996 Mitbegründung des Thüringer Anti-Atom-Plenums
- 1997 Eintritt in BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, im März Wahl zur Beisitzerin für Innen- und Jugendpolitik in den Landesvorstand
- 1999 Kandidatur zur Kommunal- und Landtagswahl
- 2000-09 Wahl zur Landessprecherin der Thüringer Bündnisgrünen (Wiederwahl 2002, 2005 und Dezember 2007)
- 2000 im Juni Wahl in den Parteirat auf Bundesebene, 2002 Wiederwahl bis 2004
- 2004 Wahl in die Mitgliederversammlung der HBS auf Bundesebene, Wiederwahl 2008
- 2004 Spitzenkandidatin zur Landtagswahl, Wahl in den Erfurter Stadtrat
- 2006 seit Dezember Mitglied im Bundesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Frauenpolitische Sprecherin der Bundespartei, Wiederwahl auf der BDK im November 2008
- 2009 Spitzenkandidatin zur Landtagswahl in Thüringen, seit September 2009 Mitglied und Vizepräsidentin des Thüringer Landtags

Weiterhin

Mitglied im Thüringer Flüchtlingsrat, von mobit, DAKT, der Kulturinitiative Thüringen und Ökoherz